Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis bei Abholung in der Ausgabestelle der Stadt 2.00 Mk., in den Ausgabestellen bei Landbezirkes 2.10 Mk., bei Zustellung im Stadtgebiet 2.15 Mk., bei Zustellung im Landgebiet 2.20 Mk. Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 32021. Gemeindegirokonto: Frankenberg. Fernsprecher 51. Telegrammen: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 36 mm breit) 7½ Pfennig, im Nachrichtenteil (= 78 mm breit) 30 Pfennig. Kleine Anzeigen laut Aufgabe zu berechnen. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Sätze, bei Wiederholungen mehrerer Auftraggeber in einer Anzeige und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Gleichbleibendheitsfall Ermäßigung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Hainichen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Rotationsdruck und Verlag: C. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert in Frankenberg

Nr. 75 | **Montag den 30. März 1931 nachmittags** | **90. Jahrgang**

Die nationale Opposition zur neuen Notverordnung

Ein Appell an den Reichspräsidenten

Nürnberg, 29. 3. Die Vertreter der dem Reichstag ferngebliebenen Parteien hielten am Sonntag in Nürnberg eine Tagung ab. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Die mit dem Auszug der nationalen Opposition aus dem Reichstag angestrebten Ziele sind ihrer Verwirklichung nähergebracht. Eine an sich brüchige, nur durch Wahlangst zusammengehaltene Mehrheit hat mit der Vertagung des Rumpfparlaments den Beweis erbracht, daß das sogenannte Frontkämpferkabinett Brüning sich in hoffnungsloser, frei gewählter Abhängigkeit von der Sozialdemokratie befindet. Irgend welche Aufbauarbeit im Sinne der vorjährigen Osterbotschaft Hindenburgs ist nicht geleistet worden. Die Sozialdemokratie ist entlarvt. Ihre Anhänger sehen jetzt, was von den Wahlversprechungen dieser Partei zu halten ist.

Die nationale Opposition wendet sich mit Entschiedenheit gegen die neue Notverordnung, durch die wesentliche Grundrechte der Verfassung außer Kraft gesetzt werden. Sie wird die Einberufung des Reichstages fordern, und sie wird auch in den Ländern die zur Aufrechterhaltung ihrer von der Verordnung verletzten Souveränität gebotenen Schritte tun. Von dem Herrn Reichspräsidenten wird erwartet, daß er sich nicht länger von den Parteien einseitig unterrichten läßt, die ihm ursprünglich bekämpft und zum Teil geschmäht haben, sondern daß er auch die Vertreter der nationalen Opposition hört, hinter denen die Mehrheit seiner ehemaligen Wähler steht. Die von ihm unterzeichnete Verordnung ist von ihren Urhebern nicht nur zur Abwehr der Propaganda der Gottlosen bestimmt, sie ist offensichtlich gegen die besten aufbauenden Kräfte der Nation gerichtet und soll dem Stahlhelm-Volksbegehren Abbruch tun. Die zersetzende Tätigkeit der Gottlosen und der übrigen christentumfeindlichen und landesverräterischen Organisationen muß durch ihn unterbunden werden. Kann der Herr Reichspräsident die Aufhebung der Verordnung bei der Reichsregierung nicht durchsetzen, so fordert die nationale Opposition, daß er sich von seinen gegenwärtigen Beratern trennt."

Der Eindruck in Paris

Paris, 29. 3. Die neue, vom Reichspräsidenten von Hindenburg unterzeichnete Notverordnung zur Beschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit findet in der französischen Presse starke Beachtung. Der „Temps" schreibt hierzu, daß in diesen Verordnungen vielleicht der erste Schritt zu einer Diktatur gesehen werden müsse. Es werde sich bald herausstellen, ob damit tatsächlich nur die Unterdrückung der bolschewistischen und rechtsradikalen Umtriebe beabsichtigt war oder ob es sich um den Ausgangspunkt einer neuen Politik zur Erleichterung der Aufgaben des Kabinetts Brüning handle. Das „Petit Journal" glaubt zu wissen, daß man im Quai d'Orsay diese Maßnahme, wo sie schon vor einigen Tagen von Berlin angekündigt gewesen sei, für eine verschleierte Diktatur halte.

Die Deutsche Volkspartei Thüringens zur neuen Reichsnotverordnung

Weimar, 29. 3. Zu der neuen Reichsnotverordnung gibt die Deutsche Volkspartei Thüringens eine Erklärung heraus, in der darauf hingewiesen wird, daß diese Verordnung, durch die das Niveau des politischen Lebens in Deutschland gehoben werden solle, in einer Parallele stehe mit dem Abwehrkampf, den die Deutsche Volkspartei in Thüringen gegen die Verwilderung der politischen Sitten aufgenommen habe. Wenn sich diese Notverordnung für das ganze Reich als notwendig erwiesen habe, so sei damit die Ansicht derer widerlegt, die sich bemühen würden, die Haltung der Volkspartei in Thüringen gegenüber den Nationalsozialisten als übertriebene Empfindlichkeit herauszustellen. Die Tatsache, daß die heilsame Wirkung der Notverordnung ganz und gar von einer gerechten polizeilichen Handhabung abhänge, weise in Thüringen gebieterisch auf eine Neubesetzung des Innenministeriums hin. Es sei eine allgemeine Erfahrung und auch die Erfahrungen in Thüringen hätten es gezeigt, daß ein einer extremen Partei angehöriger Minister ein solches Maß von Unabhängigkeit vom Geiste seiner Partei nicht aufbringen könne, daß seine Entscheidungen als objektiv und überparteilich anerkannt werden könnten. Die Absicht der Volkspartei, den nationalsozialistischen Einfluß in der Landesregierung auszuschalten, könne durch den Erlaß der Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen nur gestärkt werden.

•

16 Verletzte bei einer Saalschlacht

Bunzlau, 29. 3. In Thiergarten (Kreis Bunzlau) kam es bei einer nationalsozialistischen Versammlung zu schweren Zusammenstößen mit Kommunisten, die in den Saal gedrungen waren, ohne das geforderte Eintrittsgeld zu bezahlen. Es entwickelte sich eine regelrechte Saalschlacht. Eine große Anzahl, Stühle, Tische und zahlreiche Biergläser wurden zerschlagen und auch die Beleuchtung bis auf eine Lampe zertrümmert. An Verletzten hatten die Nationalsozialisten zwei Mann zu verzeichnen, während von den Gegnern 13 verletzt wurden. Auch der anwesende Landjäger wurde durch ein Wurfgeschoß im Gesicht erheblich verletzt. Gegen die kommunistischen Ruhestörer wurde Anzeige erstattet.

Briand über die Zollunion

Curtius wird ihm antworten

Paris, 29. 3. Im französischen Senat gab es gestern bei der Haushaltberatung für das Außenministerium eine interessante Aussprache über das österreichisch-deutsche Zollabkommen. Nachdem sich Henri Berenger und Victor Berard gegen die deutsche „Einkreisungspolitik" gewendet hatten, nahm Außenminister Briand das Wort. Er streifte zunächst kurz die französisch-russischen Beziehungen, von denen man noch nicht sagen könne, daß sie gut seien. Was Italien anlange, so habe er eine wesentliche Entspannung festgestellt. Er ging sodann auf das deutsch-österreichische Zollabkommen ein und erklärte, niemand könne annehmen, daß ein Ereignis wie dasjenige des deutsch-österreichischen Zollabkommens eine Gefahr darstelle. Frankreich sei stark genug, um vernünftig und ruhig zu bleiben.

Viel schwerer als die Tatsache selbst sei die Art und Weise, wie es sich vollzogen habe. Diese Prozedur sei beunruhigend und widerspreche allen Bedingungen einer europäischen Zusammenarbeit.

Er sei jedoch nicht sicher, daß es in Frankreich selbst keine Männer gebe, die eine geheime Bewunderung für diese Handlungsweise hätten. Briand fuhr dann wörtlich fort: „Eine derartige Handlungsweise finde ich nicht gut, nachdem wir uns in Genf und Paris zusammengefunden haben, um in aller Oeffentlichkeit darüber zu verhandeln, wie man das Leben in Europa besser organisieren könnte".

Briand fuhr sodann fort, daß man sich bisher nur Protokollen und einleitenden Verhandlungen gegenüber befinde. Es müsse jedoch schon mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß mit dem Tage, an dem man nicht mehr auf die ehrliche Durchführung der Verträge rechnen könne, nichts mehr bestände, weder Sicherheit noch Schutz. Diejenigen aber, die dieses Ereignis herbeigeführt hätten, hätten, wenn sie Anhänger des Friedens wären, kein Interesse daran, den Gegnern eines so mit dem Frieden verwachsenen Staatsmannes wie ihm, derartige Waffen in die Hand zu geben. Heute handele es sich darum, denjenigen, der die Fahne Frankreichs halte, nicht zu schwächen. Entweder müßte man einen anderen Mann ans Ruder setzen oder sich um ihn scharen, um ihm die ganze wünschenswerte Autorität zu verleihen.

Deutschland und Oesterreich hätten nicht das Recht gehabt, das zu tun, was sie unternommen haben, und Frankreich werde es im Rahmen der ihm gegebenen Möglichkeiten verhindern. Natürlich werden nunmehr in den Beziehungen zu Deutschland ein Stillstand eintreten.

Das Ereignis habe nirgends in der Welt sympathische Aufnahme gefunden und werde selbst in Deutschland mißbilligt. (?) Die Einwände, die gemacht worden seien, würden vielleicht die beiden interessierten Länder dazu bringen, das schlechte Ziel aufzugeben und nicht auf eine europäische Zusammenarbeit zu verzichten. Sicherlich müsse man Vorsichtsmaßnahmen treffen, und Frankreich habe den Weg des Friedens nicht mit verbundenen Augen beschritten. Von deutscher Seite habe er schon verschiedentlich Enttäuschungen erlebt.

Darauf wurde der Haushalt des Außenministeriums verabschiedet.

Dr. Curtius wird im Reichsrat sprechen

Berlin, 29. 3. Die Rede, mit der der französische Außenminister Briand im Senat seinen Vorstoß gegen die deutsch-österreichische Zollunion geführt hat, wird nicht unbeantwortet bleiben. Man hat auf Grund der bekannten Einstellung der französischen Oeffentlichkeit gegenüber den zwischen Berlin und Wien geführten Verhandlungen mit einer derartigen unfreundlichen Stellungnahme des französischen Außenministers rechnen müssen, obwohl juristische Grundlagen zu derartigen Angriffen nicht gegeben sind. Der internationalen Auseinandersetzung über diese Frage wird man jedoch nicht aus dem Wege gehen können und es ist auch nicht die Absicht der Reichsregierung, einer solchen Diskussion auszuweichen. Am Montag will der englische Außenminister Henderson zum gleichen Thema sprechen und man wird daher in Berlin zunächst abwarten, wie sich das Foreign Office zur deutsch-österreichischen Zollunion amtlich einstellt.

Dann wird der Reichsaußenminister Curtius sowohl auf Paris wie auf London antworten. Da der Reichstag vertagt ist, wird möglicherweise Dr. Curtius die ohnehin für Dienstag einberufene öffentliche Vollsitzung des Reichsrates benutzen, um die erforderliche Antwort zu erteilen. Etwas Endgültiges ist darüber noch nicht bestimmt, da die Tagesordnung dieser Reichsratssitzung in einem solchen Falle erst noch der Ergänzung bedürfte. Man könnte auch an eine Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages denken oder eine andere Form der öffentlichen Aeußerung, aber wahrscheinlich wird der Außenminister — wie dies ja auch der Reichskanzler schon zweimal in besonders wichtigen Fällen getan hat — diese bedeutsame politische Gegenäußerung diesmal im Kreise der Ländervertreter abgeben.

Dr. Curtius gegen Briands Vorwürfe

Wien, 30. 3. (Funkspruch.) Die „Wiener und Montagszeitung" veröffentlicht ein Gespräch mit dem Reichsaußenminister Dr. Curtius über seine Auffassung der Rede Briands. Dr. Curtius kündigte an, er werde in einer Rede am Dienstag seinen Standpunkt in ausführlicher Weise darlegen und auf Briands Rede antworten. Es heißt weiter: Nichts hat uns ferner gelegen, als mit Heimlichkeiten und Ueberraschungen vorzugehen, oder aber gar eine Brandfackel zu legen und Beunruhigung hervorzurufen. Wir haben aus unseren Absichten kein Geheimnis gemacht und sind niemals als Friedensstörer aufgetreten, sondern sind im Gegenteil bestrebt, die Friedenspolitik auch mit diesem wirtschaftlichen Mittel fortzusetzen. Im übrigen ist es klar, daß wir die wirtschaftliche Seite des Abkommens zu erörtern haben, denn wirtschaftlich ist das Problem und nicht politisch. Von einer Verletzung der Protokolle und der Friedensverträge kann keine Rede sein.

Es liegt mir nichts ferner, als die europäische Zusammenarbeit nicht mitzumachen, oder gar zu stören. Gegen diesen Vorwurf bin ich gefeit, denn ich bin bemüht, alle diese Besprechungen in dieser Richtung hinzulenken. Ich bedauere außerordentlich, daß Minister Briand sich geäußert hat, daß wir den Weg des Frieden verließen, aber wir hoffen, daß es sich in kurzer Zeit herausstellen wird, daß wir in Wahrheit keine Friedensstörer sind.

Kurzer Tagesspiegel

Die Vertreter der dem Reichstage ferngebliebenen Parteien hielten am Sonntag in Nürnberg eine Tagung ab. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Opposition sich mit aller Entschiedenheit gegen die neue Notverordnung Brünings wendet, der Regierung Abhängigkeit von der Sozialdemokratie vorwirft, die Einberufung des Reichstages und Rückziehung der Notverordnungen des Reichspräsidenten fordert.

„Graf Zeppelin" hat am Sonntag Budapest einen Besuch abgestattet. Das Luftschiff traf am Montag früh 6 Uhr wieder in Friedrichshafen ein.

Reichsaußenminister Dr. Curtius wird voraussichtlich am Dienstag auf die Rede antworten, die der französische Außenminister Briand am Sonnabend im Senat gehalten hat.

Der aufsehenerregende Diebstahl im Herbst im Reichstag, bei dem aus der Bibliothek u. a. die Verfassungsurkunde von 1848 gestohlen wurde, ist jetzt von der Berliner Kriminalpolizei aufgeklärt worden. Der Täter, ein früherer Handlungsgehilfe, wurde festgenommen.

Die Deutsche Volkspartei in Thüringen veröffentlicht zu der neuen Notverordnung eine Erklärung, in der sie den Rücktritt des Ministers Frick fordert.

In Paris kam es am Sonnabend abend bei der Aufführung der „Affäre Dreyfus" erneut zu einem Theaterskandal.

Der österreichische Vizekanzler Dr. Schober spricht sich in einem sudetendeutschen Blatt über die deutsch-österreichische Zollunion aus. Er stellt fest, daß die deutsch-österreichische wirtschaftliche Zusammenarbeit genau den paneuropäischen Zielen entspricht.

Der polnische Marschall Pilsudski ist am Sonntag vormittag von seiner Madeirareise wieder nach Polen zurückgekehrt.

Der Oberbürgermeister von Lyon, der bekannte radikalsozialistische Führer Herriot, ist von seinem Posten zurückgetreten.

In Neuenbürg in Württemberg wurden am Sonnabend nachmittag vier Personen durch Beilhiebe getötet. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurde der Mann einer der getöteten Frauen verhaftet.

Nach einer Meldung aus Schanghai ist ein Dampfer mit 21 Mann Besatzung in einem Taifun untergegangen.

„Daily Herald" warnt Frankreich

Nur rechtliche Prüfung des Zollabkommens.

London, 30. 3. Zu dem deutsch-österreichischen Zollabkommen erklärt der der Regierung nahestehende arbeiterparteiliche „Daily Herald", daß er auch offene Worte an Frankreich richten müsse, nachdem er vorher in ähnlicher Weise zu Deutschland gesprochen habe. Die Politik Englands bestehe darin durch geeignete und wichtige Mittel die rechtliche Berechtigung der vorgeschlagenen österreichisch-deutschen Zollvereinigung nachzuprüfen.

Sollte sie sich als gesetzlich herausstellen, so sei die Angelegenheit damit beendigt, soweit England in Frage käme. Es komme gar nicht in Frage, daß England etwa Deutschland und Oesterreich an der Durchführung ihres Vorhabens hindern werde, sofern sich herausstellt, daß sie das Recht hierzu haben.

Vollständige Zusammenarbeit mit Frankreich oder irgend einem anderen Lande Europas Zwang aufzuerlegen komme nicht in Frage. Großbritannien setze sich für die Erhaltung des öffentlichen Rechtes in Europa und für die Autorität des Völkerbundes ein. Es werde unter keinen Umständen den Druckmittel folgen und irgend einer Gruppe von Staaten das Recht zugestehen ihre Mittel einer anderen Gruppe aufzuzwingen.

Tolle Zustände in Gollnow

Amtlich begünstigte Kommunisten-Propaganda

Der Direktor mit Hölz befreundet

Hamburg, 29. 3. Die „Hamburger Nachrichten" veröffentlichen eine Zuschrift, in der ein Festungsgefangener von Gollnow, der bis vor kurzem noch aktiver Offizier war, aufsehenerregende Mitteilungen über die kommunistische Agitation unter den Festungsgefangenen macht. Die Zuschrift ist umso interessanter, da in ihr auch die Ursachen beleuchtet werden, die dazu führen, daß jugendliche Gefangene, wie auch der Leutnant Scheringer sehr bald der kommunistischen Agitation zum Opfer fallen. In den Festungs-